Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- und Postgebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz.-nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 244 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 18. Oktober 1930

Parteien und Regierungsprogramm

Der Kampf um die Reichsregierung.

Die große politische Aussprache.

Berlin, 17. Oktober.

Mit Erwartung sieht der Reichstag der Aussprache über die Regierungserklärung entgegen. Aber er muß sich gedulden. Denn fast zwei Stunden der kostbaren Zeit gehen hin mit einer zwar heftigen, aber dennoch unfruchtbaren Auseinandersetzung über geschäftliche Handlungen eines jetzigen nationalsozialistischen Abgeordneten während der Inflationsepoche. Selbstverständlich geht die Sache nicht ohne Lärm ab, der mitunter derartigen Umfang annimmt, daß Präsident Löbe auf die drohenden Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht allein hinweisen muß, sondern sie auch verlesen läßt. Schließlich kann das Schuldentilgungsgesetz nach dem Willen der Regierungsmehrheit, verstärkt durch die Sozialdemokraten, nicht ohne beträchtlichen Widerspruch von rechts in erster und zweiter Lesung in die Kommission verwiesen werden. Ebenso wird der Antrag Lindeiner-Wildau über die Schuldbuchforderungen der aus Polen vertriebenen Deutschen in allen drei Lesungen, und zwar unter Heiterkeit, einstimmig angenommen.

Nun erst kommt man zur Besprechung der gestrigen Kanzlerrede. Den Reigen beginnt der frühere Reichskanzler Müller. Deutschnationale und Nationalsozialisten verlassen den Saal, als Müller zu sprechen beginnt. Während der Darlegungen des Nationalsozialisten Strasser führt sein politischer Freund Stöhr die Präsidentenglocke, und die Ungunst des Schicksals will es, daß er Strasser zur Ordnung wegen Beleidigung des Reichswehrministers Gröner rufen muß. Dann geht's weiter. Das aufgeregte Wesen, das dem neuen Parlament noch anhaftet, hält natürlich bis zum Schluß an. io.

*

Sitzungsbericht.

(4. Sitzung.) CB Berlin, 17. Oktober.

Am Regierungstisch befinden sich Reichskanzler Dr. Brüning und weitere Mitglieder des Reichskabinetts. Haus und Tribünen sind zunächst nur mäßig besetzt.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Kons.) ersucht um eine beschleunigte Beratung des im alten Reichstag nicht mehr erledigten und jetzt wieder eingebrachten Antrages über die Schuldbuchforderungen der aus Polen vertriebenen Deutschen. Reichsfinanzminister Dietrich erklärt sich zu einer Prüfung der Angelegenheit bereit. Der Antrag wird als letzter Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt. Zur Beratung steht das

Schuldentilgungsgesetz,

das auch die Ermächtigung zur Aufnahme des Überbrückungskredites enthält.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) erklärt, zu dieser Regierung könne man nur schärfstes Mißtrauen haben, da sie von Woche zu Woche von einem Bankerott zum anderen schreite. Der Redner verlangt wirksame Maßnahmen gegen die Kapitalflucht. Kurz vor dem Hitler-Putsch habe der nationalsozialistische Kronleuchter Feder sein Kapital ins Ausland .... (Bei diesen Worten springt Abg. Feder (Nat.-Soz.) auf und ruft erregt: „Das ist eine Unverschämtheit!" Von den Nationalsozialisten ertönen laute Schlußrufe.) Der kommunistische Redner fährt dann fort, Hitler habe den amerikanischen Bank- und Börsenfürsten erklärt, daß eine nationalsozialistische Regierung alle Zahlungsverpflichtungen an das Ausland erfüllen werde (Unruhe rechts).

Abg. Feder (Nat.-Soz.) nennt die kommunistische Beschuldigung der Kapitalverschiebung eine Lüge (Der kommunistische Abg. Dr. Neubauer antwortet mit dem Zuruf: „Sie unverschämter Bursche!" Beide erhalten einen Ordnungsruf.) Die wirklich deutschen Parteien würden diese Vorlage ablehnen, und damit müsse auch die Regierung verschwinden, deren Uhr längst abgelaufen sei.

Abg. Dr. Quaatz (Dtn.) fragt den Finanzminister, wer denn eigentlich die Gläubiger Deutschlands seien. Daß der Finanzminister das Geld von den deutschen Banken nicht bekommen habe, sei ein Sturmsignal erster Ordnung. Die Regierung kann doch selbst nicht glauben, daß durch diese Anleihe die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Es geht eben nicht, den deutschen Lebensstandard aufrechtzuerhalten und gleichzeitig aus den Mitteln des verarmten Volkes den französischen Militarismus zu finanzieren. Der Redner appelliert an die Mittelparteien, die junge Generation nicht mit unbezahlbaren Schulden zu belasten und Deutschland wieder auf den Weg zu Ehre und Freiheit zu führen.

Reichsfinanzminister Dietrich,

von der Rechten mit dem Ruf empfangen: „Der Angeklagte hat das Wort!", wendet sich gegen die Vorwürfe der Rechten und verteidigt unter lärmenden Zurufen die Zahlen, die die Reichsregierung über die Fehlbeträge genannt hat. Die laufenden Schulden hätten am 1. Oktober rund eine Milliarde Mark betragen. Die große Belastung durch die gesteigerte Arbeitslosigkeit habe eine Verminderung dieser Schulden verhindert. Am 1. April nächsten Jahres werde die finanzielle Lage die gleiche sein wie am 1. April 1930. Die Regierung gehe bei ihren Berechnungen davon aus, daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung im Februar 2,6 Millionen betragen werde. Der Minister wendet sich erregt zu der unterbrechenden Rechten und ruft: Wer so in Pessimismus macht, muß auch die Verantwortung dafür tragen, daß durch die von ihm hervorgerufene Verängstigung die Zahl der Arbeitslosen weiter wächst. Machen Sie doch dadurch die Lage nicht noch schlimmer, daß Sie ständig mit imaginären Zahlen jonglieren. (Großer Lärm rechts. Abg. Ley (Nat.-Soz.) erhält einen Ordnungsruf.) Wir gehen davon aus, daß die Steuerausfälle im nächsten Jahr etwa eine Milliarde Mark erreichen. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 10,4 Milliarden Mark ab, ist also um eine Milliarde Mark heruntergedrückt worden. Auf diese Weise wird es gelingen, das Gleichgewicht herzustellen. Unter Gelächter der Rechten erklärt der Minister zum Schluß, daß es keinen anderen Weg gebe, ganz gleichgültig, wer eines Tages am Ruder sein werde. Meine Aufgabe ist es, das deutsche Volk aus seiner finanziellen Not herauszuführen, und diese Aufgabe werde ich mit allen Kräften zu erfüllen suchen. (Lärm rechts, Beifall in der Mitte.)

Mahnung mit der Geschäftsordnung.

Präsident Löbe weist darauf hin, daß er die erforderlichen Maßnahmen zur Herstellung der Ruhe noch nicht treffen könne, da er viele der Abgeordneten dem Namen nach nicht kenne. Wenn er diese Namen nachträglich feststellen könne, werde er die Maßnahmen der Geschäftsordnung noch nachträglich zur Anwendung bringen (Lärm rechts). Der Präsident läßt darauf die Bestimmungen über die Ausschließung von Sitzungen verlesen.

Abg. Keil (Soz.) betont, daß seine Partei immer für die Ordnung der Finanzen eingetreten sei. Das Vertrauen des Auslandes müsse wiederhergestellt werden. Dazu sei die Erhaltung unserer Wirtschaft erforderlich. (Lärm und Zwischenrufe rechts — drei Nationalsozialisten werden zur Ordnung gerufen.) Der Redner verliest dann Akten aus dem Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages über die angebliche Kapitalverschiebung des nationalsozialistischen Abgeordneten Feder (Lärm und Zwischenrufe rechts).

Abg. Dr. Bang (Dtn.) wirft der Regierung vor, daß sie sich fortwährend verrechnet habe. Da sei die Frage berechtigt, woher eigentlich solche Leute das Recht nähmen, vom deutschen Volke noch Vertrauen zu verlangen. Gegenüber dem wirklichen Tatbestand sei das Sanierungsprogramm mit seinen mechanischen Eingriffen geradezu ein Hohn. Es handele sich um nichts anderes als um den letzten Rettungsversuch eines zusammenbrechenden Systems.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) erwidert dem Abg. Keil, er habe lediglich ein entwertetes Bankdepot abheben wollen.

Abg. Keil antwortet, das angeblich wertlose Depot habe doch als Pfand für eine größere Summe dienen sollen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Abgeordneten wickeln sich unter großem Lärm ab. Abg. Keil wird durch dauernde Schlußrufe der Nationalsozialisten teilweise am Weiterreden gehindert. Der nationalsozialistische Abgeordnete Koch-Ostpreußen wird vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen.

Das Schuldentilgungsgesetz wird mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten in zweiter Lesung angenommen und dann der Ausschußberatung überwiesen.

Der Antrag von Lindeiner-Wildau über die Schuldbuchforderungen der aus Polen Vertriebenen wird in allen drei Lesungen einstimmig genehmigt. Die im deutsch-polnischen Liquidationsabkommen vorgesehenen Schuldbuchforderungen als Ersatz für die an Polen abgetretenen Ansprüche sollen den Betroffenen schon jetzt gegeben werden, da mit einer Ratifizierung des Abkommens durch Polen noch nicht zu rechnen ist.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

wird dann eingeleitet durch den Abg. Müller-Franken (Soz.). Die Nationalsozialisten und ein großer Teil der Deutschnationalen verlassen den Saal. Der Redner erklärt, daß nach dem durch die Annahme des Schuldentilgungsgesetzes ausgedrückten Vertrauen Mißtrauensanträge eigentlich überflüssig seien. Die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Regierung werde dadurch beeinflußt,

daß gegenwärtig Deutschland eine der schwersten Wirtschaftskrisen durchmacht.

Wäre es anders, so würden die Sozialdemokraten sehr deutlich ihr Mißtrauen gegen Minister wie Schiele und Treviranus bekunden. Wir haben jetzt, so erklärt der Redner, zwei Außenminister, einen für jetzt und einen für die Wahlen und den Hausgebrauch (Heiterkeit). Auf diesen sollte die Vorschrift angewandt werden: Nach dem Gebrauch tüchtig zu schütteln (erneute Heiterkeit). Der nationalsozialistische Wirtschaftssachverständige hat zur Aufhebung der Zinsknechtschaft eine Wirtschaftstheorie ausgearbeitet, die er vollinhaltlich abgeschrieben hat, und zwar aus dem dritten Buch Moses, Kapitel 25 (stürmische Heiterkeit). Als dem Redner von den Nationalsozialisten zugerufen wird, er habe das Versailler Diktat unterschrieben, erwidert der Redner: Was ich getan habe, habe ich getan kraft Mandats des deutschen Volkes, und das werde ich jederzeit verantworten. Von der Notverordnung betrachten wir einige Teile als unvertretbar, wie die Bürgerabgabe. Wir werden im Ausschuß unsere Änderungsanträge stellen. Die vollständige Aufhebung dieser Notverordnung wäre aber nicht zu verantworten, weil sonst die Arbeitslosenversicherung verloren wäre. Zum Schluß erklärt der Redner, daß die Sozialdemokratie ein Hort gegen jede Reaktion sei. Die Front der Arbeiter sei unerschüttert und werde es bleiben (Beifall bei den Soz.).

Präsident Löbe übergibt die Leitung darauf dem Vizepräsidenten Stöhr.

Abg. Strasser (Nat.-Soz.) wird von seinen Freunden mit lebhaften Heilrufen begrüßt. Er betont, daß seine Partei von deutscher Art sei. Die Bilanz des zwölfjährigen sozialdemokratischen Systems sei ein verarmter Bauernstand, ein zerstörter Mittelstand, eine Geldwirtschaft, die durch ihre Lug- und Trugwährung das Volk ins Verhängnis führe. Der Staat bringt seit Jahren die Steuern nur noch herein, indem er die Interessen der einzelnen Bevölkerungskreise gegeneinander ausspielt. Dieser Staat steuert das Volk immer tiefer in die Schuld der Knechtschaft hinein.

Was ist aus dem Bismarckschen Reich geworden!

Es herrscht Zügellosigkeit, Korruption, Verbrechen. Das ist die Bilanz Ihrer (zu den Soz.) zwölf Jahre! (Stürmischer Beifall bei den Nat.-Soz.) Wir sind die Vertreter des neuen Deutschlands. Wir werden rauh, aber ehrlich die sittliche Staatsidee wieder durchsetzen. Unser Ziel ist die Beseitigung des Leerraums in der deutschen Wirtschaft, dazu Behebung der Arbeitslosigkeit und Gesundung der Landwirtschaft, gerechter Arbeitslohn und Neuordnung unserer Geldwirtschaft. Wir verlangen nicht nur ein Arbeitsdienstjahr, sondern eine allgemeine Wehr- und Arbeitspflicht. (Beifall rechts.) Das Volk hat uns für unsere Ideen einen Vertrauensbeweis gegeben, wie er in der Geschichte aller parlamentarischen Länder noch nicht dagewesen ist. (Zustimmung rechts.) Das Vertrauen des Auslandes ist nicht durch uns, sondern durch die Alarmnachrichten der jüdisch-marxistischen Presse gestört worden. Wir wollen keine Reaktion, keinen planlosen Umsturz, sondern eine neue Ordnung. Wir wollen keine Klassenhetz- und keine Judenverfolgung, sondern nur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.) Wir wollen keinen neuen Krieg, denn die Welt kann nur gesunden, wenn die früheren alten Kulturvölker unter sich gesunden. Wir scheuen aber einen Krieg nicht, wenn er einmal das letzte Mittel sein sollte, die deutsche Freiheit wiederherzustellen. (Beifall rechts.) Wir treten nicht für sinnloses Aufrüsten ein, sondern verlangen die versprochene Abrüstung der anderen. Der Versailler Vertrag ist unerfüllbar und unmoralisch. Die Verfassung des Reiches und der Länder wird von uns geachtet. Der Redner äußerte sich dann zu der Erklärung des Abg. Müller, das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten sei von Moses und den Propheten geschrieben. Er erklärt: Moses war zweifellos einer der größten Gesetzgeber, und wenn er sich damals gegen den Zinswucher wandte, dann ist das ein Beweis, daß die Juden damals genau so waren wie heute. (Stürmischer Beifall rechts.) Der Redner geht dann auf die Regierungserklärung ein. Sozialpolitik sei notwendig, dürfe aber nicht zu einem Versorgungsinstitut von Zehntausenden sozialdemokratischer Faulenzer werden. (Erneuter Beifall rechts.) Die Außenpolitik habe uns auch nicht einen Zentimeter vorwärtsgebracht. Der Kapitalflucht werde man Herr werden, wenn man sie dem Landesverrat gleichstelle und sie mit Zuchthaus bestrafe. Aus der Tatsache der Nichtabrüstung der anderen Staaten sollte man die Folgerung ziehen und den

Versailler Vertrag als ungültig erklären.

Der Redner spricht zum Schluß der Regierung das Mißtrauen seiner Partei aus, besonders dem Minister Gröner, der die Politik des Verrates fortsetze. Das deutsche Volk, so schließt der Redner, ist erwacht, den Preis bezahlen Sie! (Zu den Sozialdemokraten.) (Stürmischer Beifall rechts. Die Nationalsozialisten rufen dreimal im Chor: Deutschland erwache!)

Vizepräsident Stöhr weist darauf hin, daß der Abg. Strasser dem Minister Gröner Eidbruch vorgeworfen habe. Dafür müsse er ihn zur Ordnung rufen.

Abg. Pieck (Komm.) stellt fest, daß die Minister der Rede des Nationalsozialisten andächtig zugehört hätten. Die Kommunisten würden dafür sorgen, daß die Minister für immer von diesen Bänken verschwinden. Während der Rede leert sich der Saal fast vollständig.

Abg. Joos (Ztr.) erklärt, seine Fraktion billige die Regierungserklärung in ihrem Ziel und in den Wegen zu diesem Ziel. Die Zeiten seien so ernst, daß eine Aufhebung der Notverordnung nicht zu verantworten sei. Gewisse Erfahrungen, so erklärt der Redner dann, legen es uns aber nahe, die soziale Auswirkung gewisser Bestimmungen der Notverordnung zu überprüfen und an ihrer Verbesserung zu arbeiten. Das Regierungsprogramm will

im eigenen Hause Ordnung schaffen

und unser Schicksal erträglich machen. Mit dem Kanzler meinen wir, daß wir jetzt anderes zu tun haben, als den Wahlkampf hier weiterzuführen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir sind zwar in einem erbitterten Wahlkampf gewählt, aber wir sind gewählt für positive Arbeit. (Der Redner wird zahllose Male, namentlich von den Nationalsozialisten, unterbrochen.) Die Notstände sind unnötigerweise durch das Parteigezänk verschärft worden. Der Parteigedanke war stärker als der Volksgedanke. Unter der heutigen Krise leiden alle Länder, so daß es lächerlich ist, sie auf die Fehler der Regierung oder auf die Reparationslast zurückzuführen. Nur ein Zusammenwirken der Länder wird diese Weltkrise überwinden. Wenn Regierung und Parlament zusammenarbeiten, dann muß es gelingen, auch die Höhe des Reallohnes zu erhalten. Das Volk wird eine solche Zusammenarbeit höher einschätzen als Agitationsanträge. Bei dem Abbau der Beamtengehälter empfiehlt sich eine Staffelung unter Berücksichtigung des Familienstandes. Die 225 absoluten Neinsager in diesem Hause nennen sich Kämpfer gegen den Marxismus und leisten ihm dennoch Vorschub. Die Politik beginnt dort, wo Herr Strasser aufhört. (Unruhe bei den Nat.-Soz.) Das Zentrum will alles tun, um eine Revision der Verträge zu fördern. Das Parlament hat nicht die Aufgabe, die Arbeit der Regierung zu schikanieren, wenn es sie auch kontrollieren mag. Wir müssen über die chaotischen Zustände wieder zur Ordnung in Deutschland kommen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Obersohren (Dtn.): Das deutsche Volk hat bei den Wahlen eindeutig seine radikale Abkehr von dem bisherigen System der Innen- und Außenpolitik verlangt. Die Regierung Brüning hat dem Wahlausgang in keiner Weise Rechnung getragen. In

Verfälschung und Mißachtung der Wahlen

hat sie jetzt auch wieder Anschluß bei den Sozialdemokraten gesucht. Mit dem Hinweis auf die Weltwirtschaftskrise wird

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF